

Die Kriegsrundbesitzer stehen der brennenden nationalen Frage zum großen Teil in bedauerlicher Gleichgültigkeit gegenüber. Zwar fühlen sie fraglos reichlich den Reich und kennen seine Schmach nicht nach dem verdienten Polen; die oft schändlichen Eingriffe der Zwangswirtschaft, die oft recht ungleichmäßige Behandlung des Groß- und Kleingrundbesitzes bei der Erfassung der Lebensmittel und die gewaltige Anspannung und Teuerung der notwendigen Verbrauchsgüter sowie die Gegebenheiten der Unabhängigen und Sparaktiven haben aber bei manchen Landwirten eine geradezu verblendende Wirkung erzeugt. Gar zu oft hört man das leichtfertige Urteil: Schlechter als es uns jetzt geht, kann es uns in Polen auch nicht gehen! Eine Erleichterung der Zwangsmassnahmen würde bei den meisten Landwirten, eine Verbesserung der Ernährungsverhältnisse aber bei den kleinen Gewerbetreibenden und sonstigen Verbrauchern am schnellsten diese bedauerliche nationale Gleichgültigkeit beheben. Wieberholt wurde mir gegenüber der Kaufmannsstand der Polenfreundlichkeit bezichtigt; alle meine Erfahrungen werden gerade auf das Gegenteil hin. Hat der großagrarische Bonifat, der ja nirgendwo so wie in Preußen während der Vorkriegszeit in Wälsen hand, den Kaufmann in Wälsen auch in weite Durchdringung in allen politischen Fragen gedrängt, bei keinem einzigen Gewerbetreibenden bemerke ich auch nur die geringste Empathie für Polen. Wer das Verhältnis zwischen Polen und Juden in Polen, Litauen oder Galizien kennt, den wird es nicht wundern, wenn er in ganz Wälsen und Ermland die Juden an der Spitze der antipolnischen Bewegung im härtesten Kampfe fürs Deutschtum findet.

Ob Wälsen und Ermland sich am Tage der Abstimmung für Polen oder Deutschland befennen, das ist nicht zuletzt abhängig von den innerpolitischen Maßnahmen und Verhältnissen in Preußen-Deutschland. Je mehr die deutsche Reichsregierung nach links geht, desto mehr wird die Landbevölkerung Wälsens nach Polen neigen. Eine Regierung Haase-Rebebour brachte auf einen Schlag eine politische Wechsellinie in Wälsen. Man hat in Allenstein, Semsburg, Olschitz, und Marggrabowa usw. mit den Arbeiter- und Soldatenräten zu frühe Erfahrungen gemacht; gebannt sind schon das Feuer! Wälsen und Ermland in Deutschland erhöht die Garantie, daß das Abstimmungsresultat in Wälsen zu einem freudigen Bekenntnis fürs Deutschtum werden wird.

Prinz Max wollte nichts aus der Feldküche essen. In seinen demüthigt erheben sich Kriegserinnerungen nimmt Lubendorf in einem längeren Kapitel das deutsche Offizierskorps in Schutz gegen die Anklagen, die es erheben hatte. Unter anderem führt er aus, daß die Vorwürfe ungerecht seien, die man gegen die bessere Verpflegung der Offiziere erhoben habe. Besonders sei es nötig gewesen, den Stäben, die Tag und Nacht arbeiten mußten, eine bessere Verpflegung als die Feldküchenkost zu geben. Wörtlich schreibt Lubendorf:

„Ich habe vier Jahre Untertung gehabt ohne Ruh und Schlaf. Da konnte ich von Feldküchenkost nicht leben. Und doch erklärte ich im Oktober 1918 dem neuen Kriegsallotriest des Prinzen Max, auch die Oberste Staatsleitung würde aus der Feldküche essen, wenn sämtliche Staatssekretäre und ganz Berlin nur aus der Feldküche leben; bis dahin würde ich so leben, wie es hier in Potsdam bei den Soldaten und sich selbst gut fühlte. Reichsminister Prinz Max lehnte ab, aus der Feldküche zu essen; wie oben, solange ich im Felde war, ein solch, aber ja, wie wir es gewohnt waren.“

Die Viehandelsverbände.

Auf die fernere Zeit von uns wiedergegebene Anfrage des Herrn Abgeordneten Dellius ist jetzt folgende Antwort eingegangen:

Die Viehandelsverbände waren genötigt, zur Deckung ihrer Unkosten Aufschläge zu erheben, aus denen sich infolge der sehr hohen Umlageüberschüsse ergeben haben, deren Höhe bei den einzelnen Viehandelsverbänden sehr verschieden ist. Eine Zusammenfassung solcher Umlageüberschüsse war erforderlich, um für das von den Verbänden zu tragende Risiko einen Rückhalt zu schaffen und sie mit dem erforderlichen Betriebskapital zu versehen. Eine ständige Bekämpfung der Verweigerung ist nicht eingeleitet, da die stehenden entzündeten Mehrkosten des Schlachtes auf die einzelnen Nationen berechnet völlig geringfügig sind.

Die Verwendung der Umlageüberschüsse ist Sache der Länder. Sie erfolgt nach den Satzungen der Viehandelsverbände und den Anordnungen der Aufsichtsgänge — in Preußen des Landwirtschaftsministers — ausschließlich für gemeinnützige Zwecke. Eine Einrichtung oder ein Betrieb von Geschäftszweckverfügungsmassnahmen durch die Viehandelsverbände oder die Unterstützung solcher Unternehmungen aus den Umlageüberschüssen der Viehandelsverbände hat in Preußen nicht stattgefunden.

Die Antwort kann in keiner Weise befriedigen. Alle Welt weiß, daß die Verhältnisse ganz anders liegen. Wir weisen nicht, daß Herr Abgeordneter Dellius nicht locker lassen wird, gegen das schädigende Treiben der Viehandelsverbände weiter anzukämpfen.

Die Diebstähle bei Post und Eisenbahn.

Zu der Nationalversammlung hat der demokratische Abgeordnete Dellius folgende Anfrage gestellt:

Das Viehandelsministerium, Verbands, Viehhändlern von Postanstalten und von Eisenbahnstationen nimmt noch immer zu. Was denkt die Regierung hiergegen zu tun? Ist sie bereit, eine Erhöhung der im Postgesetz vorgesehenen Entschädigungssätze für Beschädigte oder in Verlust geratene Wertsgegenstände, die durch das Viehandelsministerium herbeigeführt werden?

Eine neue preussische Provinz?

Wie aus Weimar gemeldet wird, kann der Zusammenschluß der thüringischen Staaten zu einem Einheitsstaat als gesichert betrachtet werden, nachdem die preussische Regierung die Abtretung preussischer Gebiete wegen der abnehmenden Haltung der thüringischen Bevölkerung zu einem großthüringischen Staat abgelehnt hat. Es sollen Verhandlungen auf neuen Grundlagen versucht werden. Propagiert wird der Plan, die thüringischen Kleinstaaten zu einer preussischen Bevölkerung zu einem großthüringischen Staat zu verschmelzen. Ohne die preussischen Gebiete in Thüringen ist ein Großthüringen kaum lebensfähig.

Einige thüringische Staaten suchen neuerdings Anschluß an den Reichsstaat Sachsen.

Teuerungszulagen für die preussischen Beamten.

Das preussische Kabinett beschloß gestern, den preussischen Beamten die gleichen Teuerungszulagen auszusprechen, wie das Reich seinen Beamten gewährt.

Schwere blutige Verluste in Chemnitz.

Dresden, 16. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Bei den schweren Kämpfen haben Chemnitz nicht nur die schweren Verluste erlitten, sondern auch die Disziplinieren 8 getötet und 8 verwundet, von den Mannschaften wurden 15 getötet und 85 verwundet.

Blutige Kommunistenmorde in Würzen.

Würzen, 15. Aug. Zwischen dem am Montag hier eingetroffenen Militär und Kommunisten hat am Donnerstag abend ein blutiger Zusammenstoß stattgefunden, bei dem es auf beiden des Militärs einen Toten und auf beiden der Zivilisten mehrere Verwundete gab. Die 2. leichte Infanteriebrigade hielt im Schweizer Garten einen Eingangsabzug ab, zu dem nur Reichswahrgenöhrige mit ihren Damer eingeladen waren. Vor dem Schweizer Garten hatte sich eine Schaar junger kommunistischer Elemente zusammengedrängt, die den Einlass erzwingen wollten. Als dies von den ausgeposteten Posten verwehrt wurde, begünstigten sie die Posten und die eingehenden Damer. Schließlich arteten die Beschimpfungen in tätliche Angriffe aus, wobei dem Unteroffizier Rofe von der 4. Batterie mit einem Stein der Schädel gespalten wurde, so daß das Gehirn blies. Auch Schüsse wurden auf beiden Seiten gemacht und mehrere Zivilisten verwundet. Die Vorgänge und der Erfolg einer am Vorabend hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung, in der zu diesem Vergehen gegen das neue Militär gehetzt worden war.

Die Deutschen Kohlenlieferungen fürs Ausland.

Die Turiner „Stampa“ meldet aus Rom: Für den kommenden Winter soll auf Grund des Friedensvertrages eine vermehrte Lieferung deutscher Kohlen an Italien stattfinden, dessen Kohlenvorräte völlig erschöpft sind. Zum Ausgleich wird Frankreich wäls deutsche Lieferungen für die Aufbaugebiete verlangen, die nach dem Friedensvertrag von Deutschland nicht verweigert werden können.

Wie aus Berlin verlautet, ist der Major Iron damit beauftragt worden, die Entgegennahme und Abbeförderung der deutschen Kohlen, deren Lieferung im Friedensvertrag vorgesehen ist, zu organisieren. Major Iron teilte mit, daß er im Zustande des französischen Ministeriums für den Wiederaufbau den Auftrag habe, in Essen, Mannheim, Aachen usw. Sammelstellen für die Entgegennahme und Abbeförderung der Kohlenlieferungen einzurichten. Major Iron übernimmt die Gewähr dafür, daß von seiten der Besatzungsarmee keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Deutsche Note an die Entente zur Räumung Lettlands.

Berlin, 15. August. In einer an die alliierten Regierungen gerichteten Note lehnt die deutsche Reichsregierung die Forderung der Abberaumung des Grenzgebietes Lettlands ab. Sie behält sich vor, die Abberaumung dann vorzunehmen, wenn die Räumung Lettlands entsprechend vorgeschritten sein wird.

Eine recht gute Brotgetreideernte.

Berlin, 16. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die Frage, ob die Brotarten demnach erhöht wird und ob die Ausmachungen des Getreides nicht mehr in dem bisherigen Maße durchgeführt werden soll, wird tatsächlich im Reichsberufungsamt erwogen. Die Verhandlungen befinden sich aber noch durchaus in der Schwärze, da die Angelegenheit erst dann entschieden werden kann, wenn die Regierung einen Überblick über die diesjährige Ernte haben wird. Den bisherigen Meldungen nach wird die Brotgetreideernte in diesem Jahre recht gut ausfallen, wogegen sie wohl besser gewesen wäre, wenn nicht die zahlreichen Landarbeiterkrise die Erntearbeiten an vielen Orten Deutschlands vollständig unterbrochen hätten. Auch über die neue Beschlagnahme von Obst sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden, da sich im Reichsberufungsamt selbst Stimmen geltend machen, die gegen jede neue Beschlagnahme auszusprechen, da die Auskäufe für eine gute Zuckerernte in diesem Jahre sehr gering sind.

Einigungsverhandlungen in Obereschlesien.

Kattowitz, 15. August. In Anwesenheit des Staatssekretärs Hörring fanden Einigungsverhandlungen statt. Alle Gewerkschaften erklärten sich gegen den Streik.

In den obereschlesischen Bezirken Dentschen, Kattowitz und Knigschütze ist die Abgabe von Elektrizität seit heute nachmittags eingestellt worden. Auch alle nichtstehenden Betriebe sind zur Arbeits einstellen genötigt. Nachdem die Verhandlungen zwischen Staatsregierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu einer Einigung geführt haben, ist damit zu rechnen, daß wenigstens der Lichtstreik am Sonntagabend beendet sein wird.

Deutsches Reich.

Ein originärer Einheitsstaat.

Die Deutsche Volkspartei, Verein Leipzig, hat in ihren Satzungen einen §. 9. der also lautet:

„Ein Antrag zum Ehrenbeitrat ernannt zu werden, wird auch dadurch erworben, daß das Mitglied dem Verein einen einmaligen Beitrag von mindestens 1000 M. leistet und außerdem sich verpflichtet, jährlich einen Beitrag von mindestens 100 M. zu zahlen.“

Ein Antrag, zum Vertrauensmann ernannt zu werden, wird auch dadurch erlangt, daß das Mitglied dem Verein einen einmaligen Beitrag von mindestens 100 M. leistet und außerdem sich verpflichtet, jährlich einen Beitrag von mindestens 10 M. zu zahlen.“

„Kreis Bahn dem Trübsinn!“ Aber a Geld muß a ha’n!

Wegen die französische Herrschaft im Elsaß.

Berlins, 15. August. Aus einem stark injurierten Artikel des „Populaire“ geht hervor, daß es im Elsaß fortgesetzt zu Zusammenstößen französischer Soldaten und Polizisten mit den deutschsprachenden Einwohnern kommt.

Das Rindungsverbot für Schwerbeschädigte.

Bekanntlich hat sich die Reichsregierung am 1. Februar des Jahres genötigt gesehen, ein Rindungsverbot für Schwerkrankenbeschädigte und Schwerunfallverletzte zu erlassen, weil sonst zu befürchten war, daß diese Personen völlig von dem Arbeitsmarkt verdrängt werden würden. Dieses Rindungsverbot ist durch eine Reihe weiterer Verordnungen, zuletzt bis zum 1. September des Jahres, verlängert worden. Das mißliche eines solchen Verbots ist nicht zu verkennen. Die Reichsregierung hofft, es besitzigen zu können, sobald das Gesetz über den Einhellungszwang in Kraft tritt, das zugleich in dem Reichsarbeitsministerium vorbereitet wird. Um den Abbau des Rindungsverbotes aber schon jetzt vorzubereiten, hat der Reichsarbeitsminister neuerdings angeordnet, daß Rindungen Schwerbeschädigter wirksam sind, wenn ihnen die zuständige Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder die Stelle, die von der Hauptfürsorgestelle für die Durchführung des Einhellungszwanges bestimmt ist, zugestimmt hat. Diese Zustimmung muß erteilt werden, wenn ein anderer angemessener Arbeitslohn für den Schwerbeschädigten gesichert ist. Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Zukunft, sondern auch für alle Rindungen, deren Wirksamkeit bisher durch das Rindungsverbot ausgeschlossen war. Die Vereinigungen der Kriegsbeschädigten sind vor dieser neuen Verordnung gehört worden und haben ihr zugestimmt.

Behrmann Hollweg kündigt ein neues Werk an.

W.B. Berlin, 15. August. Auf unsere Anfrage bei dem früheren Reichsminister, ob er sich zu dem in der Presse veröffentlichten Schreiben des Generalstabes über den Hindenburg an den Prinzen Max von Baden in Sachen des U-Bootkrieges zu äußern gedenke, teilt Herr von Behrmann Hollweg mit, daß er seinerzeit auf Grund der Reichsregierung zu diesem Schreiben ausführlich Stellung genommen habe. Er werde seine damaligen Überlegungen, die allerdings in wesentlichen Punkten zu abweichenden Ergebnissen führten, bei einer zusammenhängenden Darstellung des U-Bootkrieges und seiner Vorgeschichte bekanntgeben.

Ausland.

Neuer Eisenbahnerstreik in England.

Rotterdam, 16. Aug. Der „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet aus London, daß ein neuer Streik der englischen Eisenbahnangestellten droht.

Bermählung der Großherzogin von Luxemburg.

Berlins, 15. August. Nach einer Nachricht des „Temps“ aus der Schweiz hat sich der Bruder der ehemaligen Kaiserin von Österreich, Prinz Felix von Bourbon-Parma, mit der Großherzogin von Luxemburg vermählt.

Polnische Offensive in Wolhynien.

W.B. Amsterdam, 15. August. Nach einer Timesmeldung aus Warschau, haben die Polen in Wolhynien eine Offensive begonnen.

Erkunden.

W.B. Bern, 15. Aug. Der Schweizerischen Depesch-Agentur wird von unrichtiger Seite mitgeteilt: Die Seilbahn-Gesellschaft der Erbtage Joseph Eugen und Albrecht am 31. Oktober 1918 vor Kaiser Karl erschienen seien, um ihm die Abhandlung zugunsten des Kronprinzen Otto vorzulegen, ist erfunden. Am 31. Oktober 1918 war keiner der genannten Erbtage beim Kaiser, die auch niemals irgendein ähnliches Ansuchen an diesen gestellt haben. Erzherzog Joseph selbst an dem betreffenden Tage gar nicht in Wien, sondern in Budapest.

Wegen soll die amerikanisch-englischen Beziehungen verbessern.

W.B. Amsterdam, 15. August. Drostius wird aus London gemeldet: Horat Law antwortete auf die Frage eines Parlamentsmitgliedes, ob die Lord Grey gegebenen Institutionen für seine neuen Posten teilweise dahin lauten werden, zu verläufen, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England durch die Regelung der irischen Frage und die Verählung der Fälscher besser zu gestalten. Er sei überzeugt, daß Grey alles tun werde, was in seiner Macht liege, um in jeder Hinsicht, wo dies möglich sei, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern zu helfen.

Sankt Bascha entflohen.

W.B. Amsterdam, 15. August. Laut „Telegraph“ meldet die Times aus Konstantinopel, daß der wegen der Armenier-Massaker verhaftete General Sankt Bascha aus dem Militärgefängnis entkommen ist. Zugleich mit Sankt Bascha ist auch Kuchuk Talat geflohen.

Provinzial-Nachrichten.

Delfs, 15. August. (Der Tarifvertrag im aushaltigen Handelsvertrage) ist von Reichsarbeitsministerin in der Nationalversammlung verhandelt worden. Die allgemeine Verantwortlichkeit beginnt mit dem 15. August 1919. Von diesem Tag an haben sämtliche dem anstehenden Einzel- und Großhandel angehörende Geschäfte ihren Angestellten die Gehälter des Tarifs zu zahlen. Von einer rückwirkenden Verantwortlichkeitserklärung des Tarifvertrages hat das Reichsministerium abgesehen.

Ein Verbot, am 15. August. (Einbruchsdiebstahl in der Westfalen) und Begleitungsbesatz der Landesjäger. Nachdem erst vor kurzem Einbrecher in dem, in der alten Jägerfahne untergeordneten Materialdepot einen Einbruch verübt hatten, wo starker Mengen Waren, insbesondere Wirtschaftsgüter, entwendet wurden, haben in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch Einbrecher in dem, der neuen Jägerfahne untergeordneten Materialdepot einen Einbruch verübt. Mehr als 100 Paar neue Militärkapseln, gegen 40 neue Zylinder und Mützen, 300 neue Unterhosen, Tassen, Becher und andere Sachen haben die Einbrecher mitgehen lassen. Dem Weg zu dem Materialdepot haben die Einbrecher durch die Wälsener Eisenbahn, wo sie neben verschiedenen Eisenbahnen auch 2 Bahnhöfe erntenden, den Weg durch gelohnten Eisenbahnen etwa 25000 Mark. Von den Einbrechern selbst noch jede Spur, jedoch ist beunruhigender Verdacht vorhanden, daß angestellten Nachforschungen einen Erfolg haben dürften.